

Ein Jahr nach Sarrazin: Besichtigung des Schlachtfeldes

von Manfred Kleine-Hartlage

Ein Jahr nach Sarrazin sieht es so aus, als habe sich überhaupt nichts getan. Einige Wochen lang war die übliche Diskursinszenierung in Unordnung, wurden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen unbotmäßige Wahrheiten ausgesprochen, rissen die Kunden den Buchhändlern diese Wahrheiten förmlich aus den Händen, schien das erfolgreichste politische Sachbuch der Nachkriegszeit eine dramatische Wende einzuleiten, schien geradezu ein Aufstand in der Luft zu liegen.

Da sich aber niemand fand, der einem solchen Aufstand Stimme, Ziel und Richtung gegeben hätte, besann sich das Establishment auf seine ureigensten Methoden. Da man Sarrazin in offener Feldschlacht nicht hatte schlagen können, wurde zunächst eine neue Sau durchs Dorf gejagt und mit »Stuttgart 21« ein Thema von höchstens regionaler Bedeutung zur nationalen Schicksalsfrage hochgeschrieben. Der Diskurs *mit* Sarrazin wurde abgebrochen und durch einen Diskurs *über* Sarrazin, im wesentlichen bestehend aus pejorativen Halbsätzen, ersetzt. Sarrazin wird immer noch häufig erwähnt, aber nur, um einen in Wahrheit nicht existierenden Konsens zu suggerieren, wonach seine Thesen »rassistisch«, »unwissenschaftlich« und so weiter seien. Da man es versäumt hatte, sein Buch so totzuschweigen, wie man es mit anderen mißliebigen Titeln tut, und da auch die Strategie der Skandalisierung und des öffentlichen Exorzismus nicht verfangen hatte, die bei Ernst Nolte, Philipp Jenninger, Martin Hohmann und vielen anderen so erfolgreich praktiziert worden war, verlegte man sich auf Schadensbegrenzung und hat damit allem Anschein nach Erfolg:

Ein Jahr nach Sarrazin läuft die bundesdeutsche Diskursmaschine so rund wie eh und je, ist die politische Klasse fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß Deutschland zum Islam gehört, fahren die Grünen einen Wahlsieg nach dem anderen ein, werden Veranstaltungen von Islamkritikern von gewalttätigem Mob verhindert, treibt der »Antirassismus« so pittoreske Blüten wie den »Linguizismus« (mit welchem Begriff der Wunsch, daß Ausländer in Deutschland deutsch sprechen mögen, als

»Rassismus der Sprache. Österreich: Türkisch ist keine Fremdsprache«, <http://derstandard.at/1304554024377/> Rassismus-der-Sprache-Oesterreich-Tuerkisch-ist-keine-Fremdsprache

quasi-rassistisch gebrandmarkt wird) und ist die drohende Selbstabschaffung Deutschlands kein Thema für eine Meinungsindustrie, die sonst keine Gelegenheit vorübergehen läßt («Klimawandel«, Fukushima), den drohenden Weltuntergang an die Wand zu malen. Hätten nicht die »Bürger in Wut« bei der Bremer Bürgerschaftswahl einen kleinen Achtungserfolg erzielt, und gäbe es nicht den einen oder anderen CSU-Politiker, der es inzwischen wieder für nötig hält, das Wahlvolk mit mehr oder weniger starken Sprüchen bei Laune zu halten, man könnte meinen, es hätte sich überhaupt nichts getan.

Dieser Eindruck allerdings trägt. Wenn man verstehen will, wie sehr Sarrazin das Machtgefüge der BRD erschüttert hat, muß man einen Moment lang von der Ebene der täglichen Aufgeregtheiten abstrahieren und die Architektur dieses Gefüges unter die Lupe nehmen:

Ginge es nach dem uns regierenden, desinformierenden und indoktrinierenden Kartell aus Politik, Medien und Wissenschaft, so müßte der ideale Bürger der BRD unter anderem glauben, daß der Islam zu Deutschland gehöre, daß alle Religionen dasselbe wollten, daß es gleichwohl keine intolerantere Religion gebe als das Christentum, daß ethnische »diversity« gesellschaftliche Harmonie garantiere (und nicht etwa den Bürgerkrieg), daß ohne die EU morgen ein Krieg ausbräche, daß es keine angeborenen Unterschiede zwischen Mann und Frau gebe, daß Kinder in der Obhut dreier Transsexueller mindestens so gut aufgehoben seien wie in der ihrer leiblichen Eltern, daß Intelligenz nicht erblich und die Existenz von Völkern ein Hirngespinnst rechtsradikaler Demagogen sei, und daß es so etwas wie »Wahrheit« überhaupt nicht gebe.

Obwohl dieses Kartell sich redlich und erfolgreich bemühte, einen flächendeckenden Verblendungszusammenhang aufzubauen und so dafür gesorgt hat, daß man eine prinzipiell (und nicht nur graduell) von diesen Glaubenssätzen abweichende Position kaum noch mit Anspruch auf gesellschaftliche Wirksamkeit vertreten kann, plagt es sich mit einem Phänomen herum, das seine eigenen Ideologen in unfreiwilliger Selbstentlarvung den »Extremismus der Mitte« nennen: Nicht sie, die Ideologen, die sich solche Kleinigkeiten wie die Abschaffung von Wahrheit, Religion, Volk, Familie und Nationalstaat zum Ziel gesetzt haben, sind die Extremisten, sondern die Menschen, die all diese Dinge unverständlicherweise immer noch für notwendig und segensreich halten und obigen Glaubenssätzen ungläubig gegenüberstehen.

Daß sie dies tun, hängt zum einen damit zusammen, daß die Unterscheidung von Wir und Sie, Wahr und Unwahr, Mann und Frau, daß die Bevorzugung des Eigenen gegenüber dem Fremden eine natürliche, wahrscheinlich genetisch verankerte menschliche Eigenschaft ist, zumindest aber, daß Gesellschaften, die solche Unterscheidungen aus ideologischen Gründen nicht zulassen, keine Überlebenschancen haben, unsere eigene also längst verschwunden wäre, wenn unsere Vorfahren das geglaubt hätten, was man uns heute zu glauben zumutet.

Zum anderen widerspricht diese Ideologie der täglichen Erfahrung von Millionen: Sie ist ungefähr so glaubwürdig wie eine hypothetische Ideologie, der zufolge der Regen von unten nach oben fällt. Wer eine solche verbreiten wollte, müßte die Menschen dazu erziehen, ihren eigenen Augen nicht zu trauen, und in der Tat ist genau dies die von besagten Ideologen verfolgte Strategie.

Daß ihre Ideologie immer noch gesellschaftlich dominant ist, hat nämlich weniger mit den aufwendigen pseudowissenschaftlichen Rationalisierungen zu tun, mit deren Hilfe zum Beispiel begründet wird, warum ein Terroranschlag, bei dem der Täter »Allahu akbar« ruft, nichts mit dem Islam zu tun habe. Solche Rationalisierungen würden in homerischem Gelächter untergehen, wenn man die Menschen nicht dazu konditioniert hätte, ihre natürlichen Empfindungen und ihre eigenen Wahrnehmungen, sofern sie der herrschenden Ideologie zuwiderlaufen, für etwas »Böses« zu halten. Wer will schon »Rassist« sein (weil er das eigene Volk für erhaltenswert hält), wer zum »Stammtisch« (d.h. zum »ressentimentgeladenen« Plebs) gerechnet, wer des »Hasses« oder einer der ungezählten »-phobien« und »-ismen« bezichtigt werden, mit denen die herrschende Ideologie den Gebrauch des gesunden Menschenverstandes zum Gedankenverbrechen erklärt? Freudianisch gesprochen, hat die Ideologie das Über-Ich okkupiert. Indem sie Gefühle und Wahrnehmungen, welche die

Friedrich-Ebert-Stiftung
(Hrsg.): *Die Mitte in der
Krise. Rechtsextreme
Einstellungen in
Deutschland 2010*,
Berlin 2010.

Menschen gar nicht vermeiden können, als »böse« markiert, hält sie sie im Zustand eines permanenten schlechten Gewissens, das sie nötigt, Buße zu tun, und bestünde die Buße in der Verleumdung Andersdenkender.

Da man diese Gefühle und Wahrnehmungen aber nicht aus der Welt schaffen kann, lebt der Bundesbürger im Zustand der permanenten kognitiven Dissonanz: Auf der einen Ebene weiß er Dinge, die er auf einer anderen nicht wahrhaben darf, und was die »bösen« Empfindungen angeht, so muß er sich selbst einreden, daß er sie nicht hat – bzw. daß nicht er sie hat, sondern höchstens die bösen Rechten. Die Hysterie, mit der der »Kampf gegen Rechts« geführt wird, wäre psychologisch unmöglich, wenn der Bundesbürger nicht im »Rechten« das bekämpfen würde, was er im eigenen Innern fürchtet, nämlich die Anfechtung des ideologiedurchtränkten Über-Ichs durch die eigenen Gefühle und die wahrgenommene Wirklichkeit.

Kognitive Dissonanz setzt den Betroffenen unter Spannung und zwingt ihn, sie durch Vereindeutigung aufzulösen: Eine der beiden einander widersprechenden Wahrheiten muß weichen. Aus der Sicht der herrschenden Ideologie ist dieser Zustand höchst zweischneidig: Solange der Betroffene wie gewünscht reagiert, die Dissonanz also nach der Seite der herrschenden Ideologie hin auflöst, läßt sich aus ihr noch zusätzliche Energie für die immer schwieriger werdende Aufrechterhaltung des Verblendungszusammenhangs ziehen. Die enorme Anstrengung aber, die es jeden einzelnen kostet, gegen die eigenen Wahrnehmungen und Empfindungen anzukämpfen –, und die in dem Maße größer wird, in dem die Wirklichkeit die Ideologie dementiert – beinhaltet die Gefahr der plötzlichen Deprogrammierung: Die Bereitschaft zur ideologischen Selbstzensur läßt in dem Maße nach, wie sie beansprucht wird – und sie wird stets und ständig und immer mehr strapaziert, nicht zuletzt dadurch, daß der Katalog der Gedankenverbrechen



*Wer nicht kämpft,
hat schon verloren
– Plakat 2011*

immer länger wird. Dabei ist es wahrscheinlich, daß die erschöpfungsbedingte Ablehnung eines der herrschenden Ideologeme in kurzer Zeit auch zur Ablehnung aller anderen führt. Dies ist übrigens der Grund, warum gerade die islamkritische Szene so schrill verteufelt wird, obwohl sie etliche Grundannahmen der herrschenden linksliberalen Ideologie mehrheitlich immer noch teilt. Islamkritik ist so etwas wie eine Einstiegsdroge.

Je stärker die Loyalität des Bundesbürgers gegenüber dem herrschenden Paradigma unter Druck gerät, desto wichtiger wird es, die Schweigespirale aufrechtzuerhalten: Der einzelne, der den Regen von oben nach unten fallen zu sehen glaubt, soll dies für eine Sinnestäuschung halten, da alle anderen offenbar den Regen von unten nach oben fallen sehen. Der einzelne, der sich im eigenen Land immer fremder fühlt, soll glauben, nur er empfinde so, zusammen höchstens mit einigen Rechtsradikalen oder »Extremisten der Mitte« oder auch »dem Stammtisch«, und sich dessen gefälligst schämen.

Wie jedes andere repressive Regime lebt auch dieses davon, jeden Untertanen über die Meinung seiner Mituntertanen im dunkeln tappen zu lassen. Nicht zufällig werden bei einem Staatsstreich die Rundfunksender als erstes besetzt, nicht zufällig ist gerade die Versammlungsfreiheit jeder Diktatur ein Dorn im Auge, und nicht zufällig konzentrieren sich die gewalttätigen ultralinken Vortrupps, die für das Establishment die Drecksarbeit erledigen, darauf, gerade Versammlungen zu sprengen oder zu verhindern.

Am wichtigsten freilich ist die Kontrolle der veröffentlichten Meinung. Die Fiktion eines ideologischen Konsenses (zumindest »der Anständigen«) mag durchsichtig sein, sie tut ihre Wirkung, solange es gelingt, wenigstens den Schein zu wahren. Dringt jedoch die Auffassung, daß der Regen womöglich doch von oben nach unten fällt, erst in den öffentlichen Diskurs ein, droht ein Lawineneffekt. Die Bereitschaft zur Konformität mit der geforderten Meinung sinkt in dem Maße, wie die Anzahl der Nonkonformisten steigt, und die Soziologie hat im Wege der mathematischen Analyse starke Indizien dafür gefunden, daß ein auf Konformismus beruhender »Konsens« rapide in sich zusammenbricht, sobald der Anteil der Nonkonformisten erst einen gewissen Schwellenwert überschreitet. Die wachsenden Anstrengungen, die das Establishment zur Diskurskontrolle unternimmt, reflektieren sein Wissen um die wachsende latente Instabilität der Meinungsdiktatur und die galoppierende Schwächung ihrer Deutungshoheit. Sie sind kein Zeichen von Stärke, sondern von Schwäche.

S. Sreenivasan et al.: *Social consensus through the influence of committed minorities*, <http://arxiv.org/pdf/1102.3931v2>

Bevor es dahin kommt, ist freilich von den untergründigen Verschiebungen wenig zu sehen und scheint das Regime sicher im Sattel zu sitzen. Noch Anfang 1989 konnte Erich Honecker prahlen, die Mauer werde noch hundert Jahre stehen, weil er die vielen Menetekel übersehen hatte, die den Umsturz ankündigten. Fast jeder Umwälzung geht ein Wetterleuchten voraus, das für einen Moment die Szene in gleißendes Licht taucht und die Instabilität des Regimes offenlegt – und damit langfristig vergrößert. Was etwa Marie-Antoinettes Halsbandaffäre, die gescheiterte russische Revolution von 1905 oder die Vorgänge um die Ausbürgerung von Wolf Biermann zu den jeweils einige Jahre später folgenden Revolutionen beigetragen haben, wird man kaum überschätzen können. In allen Fällen wurde plötzlich sichtbar, daß der von den Herrschenden gewünschte und suggerierte Konsens über die Legitimität ihrer Herrschaft in Wahrheit nicht existierte. Ein kurzer Moment nur, gefolgt von erneuter Dunkelheit, und alles ging seinen Gang, als wäre nichts gewesen; aber niemand hatte vergessen, was er in jenem Moment gesehen hatte.

Daß Deutschland sich abschafft, ist mittlerweile zum Gemeinplatz geworden. Es gibt leider Gottes nicht wenige, die diesen Sachverhalt resigniert oder achselzuckend hinnehmen oder ihn sogar begrüßen. Bezweifelt wird er aber von kaum jemandem, jedenfalls nicht an der Basis der Gesellschaft, und diejenigen, denen der Niedergang des eigenen Volkes und die drohende Verslumung Deutschlands Sorgen macht, sind gegenüber den anderen durchaus in der Mehrheit. Ein Konsens politischen Wollens ergibt sich daraus noch nicht, wohl aber einer über die Existenz eines Sachverhalts.

Den Verlautbarungen der meinungsbildenden Klassen, die unbekümmert ihre Wunschbilder und Phrasen zum besten geben; die uns Luftschlösser als krisenfeste Immobilien andrehen und uns versichern, man könne mit Seifenblasen Fußball spielen, haftet unter diesen Umständen etwas seltsam Spukhaftes und Wirklichkeitsloses an, und dies keineswegs nur in den Augen konservativer Querköpfe.

Es drängt sich der Vergleich mit der Endphase der DDR auf: Ein Kartell von korrupten Machthabern und ihnen zuarbeitenden Ideologen, unfähig, die Wirklichkeit adäquat zu beschreiben, erst recht unfähig, die sich aus ihr ergebenden Probleme zu lösen, überklebt den Riß zwischen Ideologie und Realität mit Propagandaplakaten (die heute in Berlin so allgegenwärtig sind wie früher im Ostteil der Stadt) und frisch gedrucktem Geld, kriminalisiert seine Kritiker und spielt sich als Vormund des Volkes auf, stets unter Berufung auf eine hochtrabende Geschichtsphilosophie, wonach die Verwirklichung ihrer Utopien – damals des Kommunismus, heute des Globalismus mit seinen Nebenideologien – historisch unvermeidlich sei, weswegen weder Ochs noch Esel sie aufhalten könnten; selbstredend fällt ihnen nicht auf, daß allein der Aufwand, den sie selbst entfalten, um diese Entwicklungen voranzutreiben, die These von deren »Unvermeidbarkeit« ad absurdum führt.

Die herrschende Kaste hat berechtigten Anlaß zur Sorge: Jeder Tag, der vergeht, höhlt den ideologischen Konsens weiter aus, auf den ihre Politik sich stützt. Oft aufgrund unspektakulärer Erlebnisse rücken täglich Menschen von links nach rechts, während kaum einer den umgekehrten Weg einschlägt. Trotzdem ist die Frage offen, ob die Delegitimierung des Regimes konkrete politische Folgen haben wird, oder ob sie in der Vertiefung der vielzitierten, folgenlosen Politikverdrossenheit versandet.